



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Verschärfung der Klassengegenstände und die Macht der Solidarität (I). — Tarifabschluss in Cassel. — Die Ein- und Ausfuhr graphischer Erzeugnisse 1911 (II). — Die „Volkswürstchen“ und ihre Gegner. — Korrespondenzen (Berlin, Halle a. S., Straßburg i. E.). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Abrechnungsveränderungen. — Abrechnungen.

Beilage: Die Unberufene als Volkswirtschafts- und Gewerbetreibende (I). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

Für die Woche vom 4. bis 10. August 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- Vorstandes.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt die statische Karte für den Monat Juli bei. Die Karte ist spätestens bis zum 5. August einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Schiede, Vorsitzende.

Die Verschärfung der Klassen- gegenstände und die Macht der Solidarität.

I.

Die wirtschaftlichen Kämpfe haben durch die Unternehmerverbände eine zunehmende Verschärfung erfahren. Die Unternehmerverbände haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Gewerkschaften in ihrem erfolgreichen Vordringen aufzuhalten und schließlich ganz zu vernichten, damit der ruhige Fortgang der Profitmacherei wieder gesichert ist und sie uneingeschränkte Herren im Hause sind. Sie haben aber etwas ganz anderes erreicht, nämlich die Förderung des gewerkschaftlichen Gedankens unter der Arbeiterschaft. Es konnte einfach nicht ausbleiben, daß die organisierte Arbeiterschaft angesichts der ungeheuren Anstrengungen der Unternehmerverbände zu der Erkenntnis gedrängt wurde: nur durch das unbedingte Festhalten an der eigenen gewerkschaftlichen Organisation kann das scharfmacherische und arbeitfeindliche Unternehmen der organisierten Herrenmenschen zunichte gemacht werden. Es konnte weiterhin nicht ausbleiben, daß durch das unbedingte Vorgehen der organisierten Herrenmenschen weite Kreise des arbeitenden Volkes aufgerüttelt wurden aus dumpfem Dahinbrüten und unbewußter Bedürfnislosigkeit. So waren denn die Gewerkschaften in der Lage, nicht nur ihre Forderungen aufrecht erhalten und für sie eintreten zu können, sondern sie konnten vor allem auch die von den Unternehmerverbänden geschaffene Lage für sich ausnützen. Das zwang wiederum die Unternehmerverbände zu immer

scharferem Vorgehen. Immer sehten sie rein lokalen Streiks gewaltige Ausperrungen entgegen, immer mehr machten sie die Behörden und Gerichte gegen die kämpfende Arbeiterschaft scharf, damit ihnen der Erfolg endlich zufallen sollte. Sie haben mit ihrem unglaublich gewalttätigen Vorgehen wohl eine wachsende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe erreicht, sie erreichten aber nicht den eigentlichen Zweck: Die Unterbindung der gewerkschaftlichen Forderungen und die Vernichtung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind aber durch das gewalttätige Vorgehen der Unternehmerverbände auf andere Mittel gekommen und ihr Vorgehen bewegt sich in einer anderen Richtung; sie sahen sich neuen Aufgaben gegenüber. Denn die Unternehmerverbände beschränkten sich nicht nur darauf, den gewerkschaftlichen Forderungen einen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und durch gewaltige Ausperrungen einen Druck auf die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften auszuüben. Sie bebienen sich einer ganzen Reihe wirksamer Mittel und Klassenstaatlicher Einrichtungen, um die Verbetrakt der Gewerkschaften lahmzulegen. Durch die Herbeiziehung ausländischer Arbeiter, die in ihren Lebensgewohnheiten äußerst anspruchslos sind, üben sie einen scharfen Druck auf die Arbeiter, auf die Löhne und gewerkschaftlichen Forderungen aus. Zugleich suchen sie das Moment der Uneinigkeit in der Arbeiterschaft zu tragen, indem sie die „nationale“ Arbeiterbewegung gegen die freien Gewerkschaften auspielen und indem sie gelbe Werk- und Unterstützungvereine begünstigen. Scheinsozialisten und sogenannte Wohlfahrtsvereine dienen ihnen dabei als Mittel zur Zerreißung der Arbeiter. Die Polizei- und Militärmacht aber dient ihnen dazu, die Zerplitterungsversuche tatkräftig zu unterstützen, die kämpfenden Arbeiter zu schüttern, zu provozieren und vor allem: sie einzuschüchtern. Eine außerordentlich gehäßige und brutale Streikjustiz vervollständigt die Einschüchterungs- und Unterdrückungsversuche. Das alles brachte eine tiefgehende Verschärfung der Klassengegenstände mit sich, die auch für den bisher unbeteiligten Teil des arbeitenden Volkes greifbar in die Erscheinung traten und eine Stellungnahme gebieterisch von ihnen forderten. Dadurch wuchs aber auch die Verantwortung der Gewerkschaften ganz bedeutend, denn von ihrer Taktik, ihren Erfolgen oder Mißerfolgen hing es mit ab, nach welcher Seite sich die von den wirtschaftlichen Kämpfen bisher nicht erfaßten Arbeiter wenden würden. Dazu kam die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die einmal gewonnenen Mitglieder den Gewerkschaften anhängen und daß die einmal errungenen Zugeständnisse den Mitgliedern erhalten blieben. War es bei kleineren, mehr lokalen Kämpfen noch möglich gewesen, viele Wochen und Monate im offenen Kampfe zu verharren, so trat nunmehr die Notwendigkeit an die Gewerkschaften heran, unnötige Kräftevergeudung durch eine geschickte Taktik zu verhindern, wenn die koalitierten Unternehmer es zu ausgesprochenen Machtproben kommen lassen und wenn sie beabsichtigen, die Kraft der Arbeiterorganisationen durch ausge-

schöpfung und langwierige Kämpfe zu erschöpfen. Liegt es im Interesse der Organisationen der Arbeiter, so mußten aussichtslose Kämpfe abgebrochen und für eine günstigere Zeit aufgeschoben werden. Weiterhin handelt es sich jetzt mehr und mehr darum, das Unternehmertum zur Anerkennung der Gewerkschaften zu bringen und zum Verhandeln zu veranlassen. Ein der Masse der kämpfenden Arbeiter aussichtslos erscheinender Kampf muß deshalb dann weitergeführt werden, wenn begründete Aussicht vorhanden war, die koalitierten Unternehmer zu Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu zwingen. Denn Verhandeln bedeutet zugleich Zugeständnisse machen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist es somit geworden, durch eine geschickte Taktik und Tarifvertragspolitik einer unnötigen Kräftevergeudung im Interesse des gewerkschaftlichen Fortschritts vorzubeugen. Es handelt sich eben darum, die großen Massen des arbeitenden Volkes, die durch das gewalttätige Vorgehen und durch die Ausperrung des koalitierten Unternehmertums gegen ihren Willen durch den wirtschaftlichen Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden, für den gewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen. Und diese bisher unbeteiligten oder feindlich organisierten Arbeitermassen müssen erst noch für den gewerkschaftlichen Gedanken gewonnen sein, wenn die Kämpfe zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen für die Arbeiterklasse wieder so erfolgreich gestaltet werden sollen, wie sie es vor dem engeren Zusammenschluß der Unternehmer gewesen waren. Denn es handelt sich um mehr, als um die Verteidigung des Erworbenen: Die Arbeiterklasse soll Anteil haben am Arbeitsertrage und am Leben; Licht, Luft und Lebensfreude sollen ihren Einzigen in die Arbeiterwohnungen und Arbeitsstätten haften. Und da durch die ökonomische Entwicklung und durch die fortschreitende Technik die ungelernete und halbgelernte Arbeit, sowie die Frauenarbeit ungeahnt gefördert wird, so gilt es vor allem das Heer der industriellen Hilfsarbeiter zu organisieren und ein solidares Vorgehen zwischen qualifizierten und ungelerneten Arbeitern zu gewährleisten. Dadurch wird alsdann nicht nur das Unternehmertum gezwungen sein, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, auch die öffentliche Meinung muß sich mehr mit der Lage der Arbeiter beschäftigen und die politischen Rechte müssen erweitert werden. Nicht Arbeitswilligenschutzgesetz, sondern volle Koalitionsfreiheit und Beseitigung der Polizeistrafen, der Militärbikatur und der Streikjustiz. Weiterhin wirklich volksfreundliche Sozialpolitik, die das arbeitende Volk vor Degeneration, Ausbeutung und Seuchen schützt und ihm die gewerkschaftlichen Errungenschaften sicherstellt. Zu all den Aufgaben, die sich aus den veränderten Machtverhältnissen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes ergeben, gesellen sich bedeutende politische Aufgaben und Forderungen, die dazu beizutragen haben, die wirtschaftlichen Kämpfe wirksamer zu machen und ihre Erfolge für die Arbeiterklasse unverlierbar zu sichern.

Die jüngsten ausgedehnten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, besonders die Englands und Deutschlands, sind für die Maßnahmen und Aufgaben der Gewerkschaften für die kommenden Kämpfe von großer Bedeutung gewesen. Mehr als sonst stellte sich die Notwendigkeit heraus, ein solidarisches Zusammengehen zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern herbeizuführen; stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Ausrüttelung weiter Kreise des arbeitenden Volkes, die durch das Eingreifen der Unternehmerverbände bewirkt wurde, für den gewerkschaftlichen Gedanken nach Kräften auszunützen und auch die „nationalen“ und „gelben“ Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen; stellte sich die Notwendigkeit heraus, weitgehende Forderungen an die Gesetzgebung und an die Befugnisse der Regierung zu stellen, um den wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse zu gewährleisten. Das alles hängt aber von der Initiative der Arbeiter selbst ab. Die jüngsten Ereignisse bürgen aber dafür, daß die Arbeiterklasse sich in dieser Richtung bewegt. Auch bürgerliche Blätter und Beobachter haben das anerkannt. So schrieb nach der Mitteilung der „Sozialen Praxis“ ein konservatives Blatt Englands, die „Morning Post“, in einem Rückblick über die Streibewegung des Sommers 1911:

„Niemaß zuvor hat die ungelerte Arbeiter-schaft die Macht der Organisation mit solcher Einmütigkeit, solcher Ausdauer und solchem Erfolg gehandhabt. Von noch schlimmerer Vorbedeutung (!) aber für eine friedliche Entwicklung der industriellen Arbeiter-schaft in den gewohnten Bahnen ist die Bereitwilligkeit, mit welcher die gelernten Arbeiter die Forderungen ihrer Kameraden gutheißen und unterstützten. Wäher haben sich die Spaltungen in den Reihen der Handarbeiter als ebenso erfolgreich und bedeutsam in der Verbänderung eines gemeinsamen Zusammenwirkens erwiesen, als die noch augenfälligeren Unterschiede, welche den Handarbeiter von dem geistigen Arbeiter trennen. Jetzt aber will es fast scheinen, als ob sich die Reihen zu schließen begönnen. Der Gedanke der Solidarität fängt an, in der Vorstellung aller Schichten als eine neue Macht Boden zu gewinnen.“

Daß diese Entwicklung sich mächtig vollzieht, hat die Verschärfung der Klassengegensätze durch die Unternehmerverbände bewirkt. Die organisierte Arbeiter-schaft sieht sich daher vor die große Aufgabe gestellt, diese Entwicklung zu beschleunigen und den Gedanken der Solidarität in alle Schichten des arbeitenden Volkes zu tragen.

Tarifabschluß in Cassel.

Am 5. Juli fand in Cassel eine Versammlung statt, in der die Kollegenschaft nochmals Stellung nahm zu dem ablehnenden Verhalten der Prinzipalsvereinigung in Bezug auf Abschluß eines Tarifvertrages. Die Zahlstelle Cassel hatte bereits vor dem Jahre 1906 einen Tarifvertrag, der unter Anerkennung der „Allgemeinen Bestimmungen“ 1907 erneuert wurde. Die Casseler Prinzipalsvereinigung hatte es ebenfalls, wie noch andere Tariforte, abgelehnt, der Einladung des Tarifamtes zu den Tarifverhandlungen am 18. Dezember 1911 Folge zu leisten. Unsere Kollegenschaft hatte am 3. Januar d. Js. die Vereinigung ersucht, örtliche Verhandlungen stattfinden zu lassen, um auf der Grundlage der in Berlin zustande gekommenen Tarifabmachungen ein Tarifverhältnis für Cassel herbeizuführen. Die Prinzipalsvereinigung lehnte unter dem 27. Januar dieses Ersuchen rundweg ab mit der Begründung des geringen Organisationsverhältnisses ebenfalls aus schlechten Erfahrungen heraus, die sie mit den Hilfsarbeitern in Bezug auf das Tarifverhältnis in den letzten Jahren gemacht hätten. In Wahrheit aber war es den Prinzipalen bekannt, daß unsere Kollegenschaft, nachdem sie einmal das Tarifverhältnis hatte, glaubte, nun geht es in alle Ewigkeit so weiter, wenn der Tarif abgelassen ist, nun, dann wird die Ortsverwaltung schon wieder einen neuen Tarif abschließen. Was brauchen wir da Versammlungen, was brauchen wir da Mitglieder der Organisation zu sein. Dieser Umstand war den Prinzipalen bekannt und aus diesem Grunde lehnten sie die Verhandlungen ab. Nun sahen

unsere Kollegen und Kolleginnen ein, welchen Fehler sie gemacht hatten. Aber es half nichts. Nun ging es daran, den Fehler wieder gut zu machen. Versammlungen wurden abgehalten, um die Kollegenschaft wieder der Organisation zuzuführen und wenn wir anfangs Versammlungen von 15 bis 20 Personen aufzuweisen hatten, so änderte sich das Bild von Versammlung zu Versammlung. Wir konnten in den letzten Versammlungen feststellen, daß von 130 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen über 100 die Versammlungen besuchten. Das Organisationsverhältnis wurde gegen das frühere bedeutend überschritten. Nun war die Zeit gekommen, um mit Nachdruck die Vereinigung nochmals in Verhandlungen anzugehen. Am 5. Juli wurde in einer Versammlung die Tarifkommission gewählt und beschlossen, daß die Kommission die tariflichen Forderungen der Vereinigung zu unterbreiten habe mit dem Ersuchen um Verhandlungen. Es wurde ferner beschlossen, eine weitere Versammlung einzuberufen, um zu der Antwort der Prinzipalsvereinigung Stellung zu nehmen. Die Antwort war zu diesem Termin erbeten worden. In dieser nun am 19. Juli stattgefundenen Versammlung konnten wir dann auch der Kollegenschaft die Mitteilung machen, daß die Prinzipalsvereinigung zu Verhandlungen bereit war und daß die Verhandlungen am 22. Juli stattfinden sollten. Eine weitere Versammlung sollte das Resultat der Verhandlungen entgegen nehmen. Am 23. Juli fand dann diese Versammlung statt, in der wir unserer Kollegenschaft schon den Abschluß des Tarifvertrages unterbreiten konnten. Kollege Raab, der die ganzen Verhandlungen und auch die Tarifbewegung geführt hatte, konnte dann auch der Kollegenschaft in dieser Versammlung nachweisen, daß es die Kollegenschaft selbst verschuldet habe, über ein halbes Jahr eine tariflose Zeit mitgemacht zu haben; er ersuchte die Kollegenschaft, aus dieser Bewegung die Nutzen anwendung zu ziehen und nunmehr treue Mitglieder der Organisation zu bleiben, damit wir nicht bei dem nächsten Tarifabschluß wieder erst die Arbeiten durchzumachen hätten. Redner wies darauf hin, daß bei den diesmaligen Verhandlungen nicht mehr zu erzielen gewesen sei, einfach aus dem Grunde, da die Kollegenschaft erst in den letzten Tagen den Weg zur Organisation zurück gefunden hätte und mit einer so jungen Kollegenschaft habe er es nicht verantworten können, einen eventuellen Kampf aufzunehmen. Immerhin seien aber in Bezug auf den früheren Tarifvertrag bedeutende Erfolge erzielt worden. Wenn die Kollegenschaft nunmehr Mitglieder der Organisation bleiben und versuchen würde, die noch fernstehende Kollegenschaft ebenfalls der Organisation zuzuführen, dann werden wir auch bei den nächsten Tarifverhandlungen in der Lage sein, die Lohnverhältnisse so zu gestalten, wie sie in anderen Zahlstellen möglich waren einzuführen. Kollege Raab schloß die Tarifbewegung mit dem Wunsche, wenn er wieder nach Cassel käme, immer wieder so vollbesetzte Versammlungen, wie die in den letzten Wochen abgehaltenen, anzutreffen. Nachstehender Tarifvertrag wurde abgeschlossen:

Vereinbarung.

Zwischen der Vereinigung Casseler Buchdruckerbesitzer wird mit dem Verbands der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Cassel, ein Tarifvertrag unter Zugrundelegung der am 18. Dezember 1911 vor dem Tarifamt der Deutschen Buchdrucker vereinbarten „Allgemeinen Bestimmungen“ und des untern gleichen Tage abgeschlossenen Haftungsvertrages über Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter abgeschlossen.

Die Mindestlöhne betragen für männliche Hilfsarbeiter pro Woche:

im Alter von 16 Jahren	15,— M. pro Woche
" " " 17 "	16,— " " "
" " " 18 "	17,50 " " "
" " " 19 "	18,50 " " "
" " " 20 "	20,— " " "
" " " 21-24 Jahren	21,— " " "
" " " 24 u. darüber	21,50 " " "

Rotations- und Stereotypie-Hilfsarbeiter erhalten auf vorstehende Löhne einen Aufschlag von 1,— M. pro Woche, ebenfalls die Nacharbeiter.

Die Mindestlöhne für weibliche Hilfsarbeiter sind folgende:

Hilfsarbeiterinnen über 16 Jahre 10,— M. pro Woche.
Lernende Anlegerinnen über 16 Jahre erhalten pro Woche 9,— M., vierteljährlich steigend um 75 Pf. pro Woche.
Nach einjähriger Lehrzeit ist der Mindestlohn zu zahlen.

Die Lehrzeit soll aber in ein und derselben Lehrdrucker absolviert werden.

Anlegerinnen an Schnell- und Liegel-druckpressen, welche ein Jahr als solche tätig waren, 12,50 M. pro Woche.

Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die bereits den Minimallohn oder darüber haben, bekommen folgende Lohnzulage: Männliche 1,50 M. pro Woche, Weibliche 1,— M. pro Woche.

Auf diese Erhöhungen kommen die Lohnaufbesserungen in Anrechnung, welche nach dem 1. Januar 1912 gewährt worden sind.

Als Termin für das Inkrafttreten des neuen Tarifes wird der 1. August 1912 bestimmt.

Die Ein- und Ausfuhr graphischer Erzeugnisse 1911.

II.

Günstiger wie in der Tapetenfabrikation entwickelten sich die Verhältnisse für die deutsche Industrie in der Fabrikation von Spielkarten (Nr. 661 des statistischen Warenverzeichnis). Die Einfuhr von Spielkarten betrug 1910 77 Doppelzentner im Werte von 27 000 M., 1911 87 Doppelzentner im Werte von 30 000 M., woraus sich eine Steigerung der Einfuhr um 10 Doppelzentner und um 3000 M. ergibt. Die Vereinigten Staaten führten 51 und Frankreich führte 13 Doppelzentner Spielkarten in Deutschland ein. — Viel stärker wie die Einfuhr ausländischer ist aber die Ausfuhr deutscher Spielarten gestiegen. Sie betrug 1910 1005 Doppelzentner im Werte von 337 000 M., 1911 aber 1117 Doppelzentner im Werte von 368 000 M.; das ist eine Steigerung um 112 Doppelzentner nach der Menge und um 31 000 M. nach dem Werte. Diese Steigerung der deutschen Ausfuhr allein macht nach der Menge bedeutend mehr, nach dem Werte fast ebenso viel aus wie die gesamte Einfuhr ausländischer Spielarten nach Deutschland. Als Ausfuhrländer kamen in erster Linie die Niederlande mit 296 und Dänemark mit 166 Doppelzentnern in Betracht.

Die Einfuhr von Büchern (Nr. 674 a des statistischen Warenverzeichnis) ist ebenfalls gestiegen, und zwar von 52 414 Doppelzentner resp. 20 966 000 M. auf 56 458 Doppelzentner resp. 22 583 000 M. oder um 4 044 Doppelzentner resp. 1 617 000 M. Hauptsächlich wurden Bücher aus Oesterreich-Ungarn (19 721 Doppelzentner), Großbritannien (9564), Niederlande (7978), Schweiz (6895), Frankreich (5581), Rußland (1735), Vereinigte Staaten (1342), Belgien (1048), Italien (945), Dänemark (781) und Schweden (508 Doppelzentner) eingeführt. — Die Bücherausfuhr ist 1911 in der Menge zurückgegangen, im Werte aber gestiegen. Sie betrug 1910 133 383 Doppelzentner resp. 51 017 000 M., 1911 dagegen 132 687 Doppelzentner resp. 51 396 000 M.; das ergibt einen Rückgang der Menge um 696 Doppelzentner, dafür aber eine Steigerung des Wertes um 379 000 M. Als Hauptausfuhrländer kamen 1911 in Betracht: Oesterreich-Ungarn (58 632), Schweiz (20 156), Rußland (11 261), Vereinigte Staaten (10 062), Niederlande (5582), Frankreich (5493), Großbritannien (2978), Schweden (2313), Dänemark (2206), Italien (2178), Belgien (1933), Japan (1376), Chile (980), Norwegen (947), Argentinien (902), Brasilien (686), Finnland (675), Spanien (376), China (367) und Rumänien (298 Doppelzentner).

Die Einfuhr von beschriebenen oder bedrucktem Papier (Nr. 674 b) stieg von 4062 Doppelzentner auf 4463 Doppelzentner, also um 401 Doppelzentner, und von 975 000 M. auf 1 071 000 M., also um 96 000 M. Derartige Papier wurde hauptsächlich aus Frankreich (1941),

Oesterreich-Ungarn (980) und der Schweiz (668 Doppelzentner) eingeführt. — Die Ausfuhr stieg ebenfalls, und zwar von 26 069 auf 32 512 Doppelzentner oder um 6443 Doppelzentner und von 5 001 000 auf 6 154 000 Mk. oder um 1 153 000 Mk. Für die Ausfuhr kamen besonders: Oesterreich-Ungarn (15 531), Frankreich (7361), die Schweiz (5030), Belgien (920), Niederlande (905) und Großbritannien (593 Doppelzentner) in Betracht.

Die Einfuhr von **Musknoten** (Nr. 674 c) ging beträchtlich zurück. Sie betrug 1910 noch 2246 Doppelzentner, 1911 nur 1835 Doppelzentner im Werte von 1 461 000 resp. 826 000 Mk. Der Rückgang bezifferte sich demnach auf 411 Doppelzentner resp. auf 635 000 Mk. u. a. führte Oesterreich-Ungarn 710 und Frankreich 328 Doppelzentner Musknoten ein. — Die Ausfuhr ist der Menge nach ebenfalls gesunken, dem Werte nach aber gestiegen. Sie betrug 1910 16 182, 1911 15 806 Doppelzentner im Werte von 5 708 000 resp. 6 018 000 Mk. Das sind 1911 376 Doppelzentner weniger, dafür aber 310 000 Mk. mehr wie 1910. Musknoten wurden hauptsächlich nach Oesterreich-Ungarn (4045), Frankreich (2204), Großbritannien (1986), Vereinigte Staaten (1308), Schweiz (1085), Rußland (896), Niederlande (770), Belgien (687), Italien (587) und Argentinien (442 Doppelzentner) ausgeführt.

Bei fertig hergestellten **Wertpapieren** (Nr. 674 d) stieg die Einfuhr von 157 Doppelzentnern 1910 auf 194 Doppelzentner 1911, also um 37 Doppelzentner, während die Ausfuhr von 91 Doppelzentner auf 66 Doppelzentner, also um 25 Doppelzentner sank. Die Werte wurden nicht festgestellt. An der Einfuhr war Belgien mit 134, Oesterreich-Ungarn mit 27 Doppelzentnern beteiligt, während u. a. nach der Schweiz 16, Großbritannien 12, Oesterreich-Ungarn 9 und Frankreich 8 Doppelzentner ausgeführt werden.

Die Einfuhr von **Kalendern** (ohne Block-, Schreib- und dergl. Kalender; Nr. 674 e) betrug 1910 1826 Doppelzentner im Werte von 365 000 Mark, 1911 1450 Doppelzentner im Werte von 261 000 Mk.; sie sank also um 376 Doppelzentner und um 104 000 Mk. Die Niederlande allein führte 1004 Doppelzentner Kalender ein. — Gleich der Einfuhr sank aber auch die Ausfuhr ganz bedeutend, und zwar von 2307 Doppelzentner im Werte von 365 000 Mk. auf 1887 Doppelzentner im Werte von 311 000 Mk.; das ist ein Rückgang um 420 Doppelzentner resp. um 54 000 Mk. Von der Ausfuhr entfielen 526 Doppelzentner auf Oesterreich-Ungarn und 358 Doppelzentner auf die Vereinigten Staaten.

Nr. 675 des statistischen Warenverzeichnis betrifft **Land-, See- und andere Karten zu wissenschaftlichen Zwecken**. Bei diesen stieg die Einfuhr von 258 Doppelzentnern resp. 194 000 Mk. auf 396 Doppelzentner resp. 297 000 Mk., also um 138 Doppelzentner resp. 103 000 Mk. Ebenso stieg die Ausfuhr von 1158 Doppelzentner resp. 523 000 Mk. auf 1399 Doppelzentner resp. 736 000 Mk., also um 241 Doppelzentner resp. 213 000 Mk. Unter anderem wurden aus Oesterreich-Ungarn 137, aus Großbritannien 113 Doppelzentner kartographische Erzeugnisse eingeführt, während nach Oesterreich-Ungarn 353 und nach Frankreich 115 Doppelzentner eingeführt wurden.

Bei **Farbendrucken in Buch-, Stein- oder Metalldruck** (Nr. 676 a) des statistischen Warenverzeichnis) ist sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr in der Menge und im Werte im Jahre 1911 gegenüber dem Jahre 1910 beträchtlich gesunken: die Einfuhr von 1483 Doppelzentnern resp. 638 000 Mk. auf 1090 Doppelzentner resp. 392 000 Mk. oder um 393 Doppelzentner resp. 256 000 Mk.; die Ausfuhr von 56 972 Doppelzentnern resp. 16 045 000 Mk. auf 50 506 Doppelzentner resp. 14 257 000 Mk. oder um 6466 Doppelzentner resp. 1 788 000 Mk. Für die Einfuhr kamen 1911 in erster Linie Oesterreich-Ungarn (362 Doppelzentner) und Großbritannien (188 Doppelzentner), für die Ausfuhr hauptsächlich Großbritannien (15 911), Vereinigte Staaten (15 461), Oesterreich-Ungarn (3344), Rußland (2213), Niederlande (1776), Italien (1440), Argentinien (1396), Schweiz (1031), Frankreich (1026),

Spanien (881), Belgien (690) und Schweden (525 Doppelzentner) in Betracht.

Bei **Kupfer- und Stahlischen, Helio- und Photogravüren** usw. (Nr. 676 b) ist die Einfuhr von 543 auf 531 oder um 12 Doppelzentner und von 543 000 auf 531 000 oder um 12 000 Mk. gesunken. Aus Oesterreich-Ungarn wurden 1911 203 und aus Großbritannien 128 Doppelzentner derartige Kunststoffe eingeführt. — Dagegen ist die Ausfuhr in erfreulicher Weise gestiegen, und zwar von 780 auf 1005 Doppelzentner oder um 225 Doppelzentner und von 1 165 000 auf 1 492 000 Mk. oder um 327 000 Mark. Ausgeführt wurden u. a. nach Frankreich 186, nach Oesterreich-Ungarn 180 und nach Großbritannien 81 Doppelzentner.

Auch bei den **Photographien** (Nr. 676 c) sank die Einfuhr und stieg die Ausfuhr. Eingeführt wurden 1910 813 Doppelzentner im Werte von 813 000 Mk., 1911 773 Doppelzentner im Werte von 618 000 Mk., das sind 40 Doppelzentner und 195 000 Mk. weniger wie 1910. Dagegen wurden ausgeführt 1910 1690 Doppelzentner im Werte von 1 339 000 Mk. und 1911 1904 Doppelzentner im Werte von 1 531 000 Mk., also 214 Doppelzentner resp. für 192 000 Mk. mehr wie 1910. U. a. wurden aus Oesterreich-Ungarn 304, aus der Schweiz 91 Doppelzentner eingeführt, während nach diesen beiden Ländern 298 resp. 247 Doppelzentner sowie nach Großbritannien 192 und nach Frankreich 141 Doppelzentner ausgeführt worden sind.

Umgekehrt wie bei Photographien war es bei **Heiligenbildern** (Nr. 676 d), bei denen die Einfuhr stieg und die Ausfuhr sank. Erstere betrug 1910 350 Doppelzentner im Werte von 105 000 Mk., 1911 aber 439 Doppelzentner im Werte von 132 000 Mk., woraus sich eine Einfuhrsteigerung um 89 Doppelzentner resp. 27 000 Mk. ergibt. Aus Oesterreich-Ungarn wurden 159, aus der Schweiz 143 Doppelzentner eingeführt. — Die Ausfuhr bezifferte sich 1910 auf 2037 Doppelzentner im Werte von 672 000 Mk., 1911 auf 1811 Doppelzentner im Werte von 585 000 Mk., was einem Ausfuhrrückgang um 226 Doppelzentner oder um 87 000 Mk. entspricht. Nach Oesterreich-Ungarn wurden 324, nach den Vereinigten Staaten 180 Doppelzentner ausgeführt.

Die „Volksfürsorge“ und ihre Gegner.

II.

Gegenüber der dreifachen Behauptung in dem Organ deutscher Arbeitgeberverbände, es sei geplant, zu dem bereits vorhandenen Heere der sozialdemokratischen Angestellten eine weitere gewaltige Organisation zu fügen, um verbienten Agitatoren Posten zu verschaffen, hatte Genosse v. Elm erklärt: „Ein großes Heer von Angestellten sollen wir besolden wollen. Aber — da liegt doch gerade der Hase im Pfeffer bei der Volksversicherung. Das große Heer von auf Proviant arbeitenden Angestellten macht bei ihnen die Versicherung für die Versicherten so unrentabel. Würden wir ein großes Heer fest und gut besoldeter Angestellter schaffen, wäre die Volksfürsorge ein totgeborenes Kind und wir täten wirklich besser, gar nicht erst anzufangen. Von der Ersparnis an Verwaltungskosten hängt der Erfolg der „Volksfürsorge“ ab. Nur dadurch, daß wir die Organisation der Volksfürsorge angliedern, werden wir diesen Erfolg erzielen können.“

Eingehend äußerte sich dann Genosse v. Elm darüber, durch welche Personen die Einfassierung von Beiträgen für die „Volksfürsorge“ bewirkt werden könnte — bei den Gewerkschaften durch die Gewerkschaftsaffilierte, bei den Genossenschaften durch die Mitgliederausschüsse —; er tabelte, daß große Konsumvereine es immer noch an dem demokratischen Ausbau der Organisation — an der Bildung von Mitgliederausschüssen fehlen lassen. Anschließend hieran sagte Genosse v. Elm wörtlich: „Es gibt Konsumvereinsleitungen, die ihre Aufgaben dadurch für erschöpft halten, wenn sie die Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln gut organisieren. Das ist aber denn doch eine ungemein enge Auffassung der Aufgaben der

genossenschaftlichen Organisation. Die Genossenschaftsbewegung muß immer mehr dahin streben, den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen zu erfassen. Die Genossenschaft soll und muß sein eine Institution zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes. Je mehr Aufgaben wir in die Hand nehmen zur Befriedigung wirklicher Volksbedürfnisse, um so fester wird die Genossenschaftsbewegung im Volke Wurzeln schlagen. Ich gebe unsern Gegnern ohne weiteres zu, wenn wir die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun wir das nicht nur, um sie zu verbilligen und zu verbessern. Nein — wenn Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam die „Volksfürsorge“ schaffen, dann geschieht dies auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen, immer mehr den Beweis zu erbringen, wieviel Gutes sich durch das solidarische Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften erbringen läßt. Das ist der ideale Zweck, den wir dabei im Auge haben. Wir würden Loren sein, wenn wir uns diese ideale Wirkung dadurch verschmerzen würden, daß wir durch die „Volksfürsorge“ noch Mittel für andere Zwecke — für Streiks oder gar für politische Parteizwecke — bereitstellen wollen. Die „Volksfürsorge“ hat so große, herrliche Aufgaben, daß ihre Verquickung mit anderen Zwecken, sie mögen an sich noch so notwendig und gut sein, ihr nur Schaden bringen könnte.“

Und nun einige Proben davon, was aus diesen Ausführungen die kapitalistischen Blätter herauszuberechnen verstanden haben:

„Deutsche Tageszeitung“: „Damit hat Herr v. Elm mit aller nur möglichen Deutlichkeit zugegeben, daß diese neue Volksversicherung in allererster Linie eine neue Stütze der sozialdemokratischen Bewegung sein und werden soll. Die Konsumvereine, die bis jetzt noch hier und da einen Schein parteipolitischer Neutralität aufrecht erhielten, sollen demokratischer ausgestaltet, d. h. der politischen Arbeiterbewegung angegliedert werden.“

Man traue seinen Augen kaum, mit welcher Geschwindigkeit die Redaktion dieses Blattes aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß zu machen versteht. Demokratischer Ausbau der Gewerkschaften — also Wahl von Personen aus den Reihen der Mitglieder zwecks Kontrolle der Verkaufsstellen, Mitwirkung bei Inventuren, bei der Agitation: Aufnahme von Mitgliedern und Eintassierung von Beiträgen für die Volksfürsorge heißt für die „Deutsche Tageszeitung“ einfach: Angliederung an die sozialdemokratische Partei.

Und so geht's weiter — Zeile für Zeile Umdeutung, Fälschung und Verdrehung! „Den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen erfassen“ nennt die „Deutsche Tageszeitung“: „die Konsumvereine zu einem sozialdemokratischen Landsturm ausbilden“ usw.

„Eine neue Fesselung der Massen“, nennt der „Breslauer Anzeiger“ die Errichtung der „Volksfürsorge“. Er dichtet die Worte v. Elms genau so um, wie die „Deutsche Tageszeitung“ und läßt sich zum Schluß also vernehmen: „Die politische Bedeutung dieses neuen Unternehmens ist unanzweifelbar. Mit der Maske des Wohltäters der Arbeiter greift hier die Sozialdemokratie nach dem letzten Groschen, den sich der Arbeiter für Versicherungszwecke am Munde absparen muß. Der Plan ist von unübersehbarer Tragweite und sollte recht eingehend geprüft werden, bevor er zur Ausführung gelangt. Von vornherein muß nicht nur dafür Sicherheit geboten werden, daß die Kapitalien der Volksfürsorge niemals und auch nicht auf Umwegen politischen Zwecken nutzbar gemacht werden können; ferner muß verbietet werden, daß die Volksfürsorge zunächst eine Fürsorge für sozialdemokratische Agitatoren und Parteibeamtete wird, wenn sie überhaupt genehmigt werden sollte. Diese sozialdemokratische Volksfürsorge ist nicht nur eine verbotene, sondern geradezu eine gefährliche Gründung, weil sie die besten Elemente der Arbeiterkraft und der unselbständigen Handwerker der Sozialdemokratie auszulieferen droht. Hier Widerstand zu leisten ist in erster Linie Sache derer, die mit diesem Vordemittel eingegangen werden sollen. Um dem ganzen schlaun Schachzuge zu begegnen, gibt es im Grunde nur ein Mittel, das sicher wirken würde: Die Schaffung von Versicherungsmöglich-

zeiten, wie sie die sogenannte Volksversicherung bietet, im Anschluß an die staatlichen Versicherungsanstalten.

Also — Verstaatlichung der Volksversicherung als einzige Rettung gegen die drohende furchtbare Gefahr. Noch vor ganz kurzer Zeit wurde mit allen nur erdenklichen Argumenten in der kapitalistischen Presse dieser Gedanke mit aller Entschiedenheit bekämpft und nun plötzlich diese Wendung!

Am schlimmsten treiben es, wie immer, die „Hamburger Nachrichten“: „Ein schlauer Rechner ist dieser „Genosse“ Elm, das muß man sagen. Er versteht es aus dem ff, das eine zu denken und das andere zu sagen“, beginnen sie ihre Epistel, und dann geht's los mit der Gedankenleiter, bis sie dann schließlich die „Volksfürsorge“ zu einem „Hilfsorgan der staatsfeindlichen Aktion der Sozialdemokratie“ werden lassen. Höher hinauf geht's nimmer!

Diese Proben kapitalistischer Verdrehungskunst werden genügen, um unsern Lesern die Angst vor Augen zu führen, von der die Gegner aller positiven Schaffens der Arbeiter vor der „Volksfürsorge“ erfüllt sind. Kein Zweifel — deren Gründung bedeutet einen Schutz ins Schwarze. Der kapitalistische Profit ist gefährdet — deshalb das Geschrei und der jeden anfänglichen Menschen mit Eitel erfüllende Verleumdungselbstzug.

Daß die Sozialdemokratie das neue Volksunternehmen mit der größten Sympathie begrüßt, obgleich sie der Gründung dieses Unternehmens völlig fernsteht, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn es aber noch eines Beweises bedurfte, daß der Kapitalismus auf allen Gebieten volksfeindlich ist, so haben ihn mit ihrem Schimpfen auf die „Volksfürsorge“ die kapitalistischen Zeitungen erbracht. Gewerkschaften und Genossenschaften vereinen sich zu dem Zweck, dem Volke ein Unternehmen zu schaffen, welches ihnen solidarische Hilfe bringen soll in den schlimmsten Notlagen des Lebens; und diesem edlen Streben begegnet die Bourgeoisie lediglich mit Schimpfen und Verleumdungen. Welch schamloses Beginnen. Psiu Teufel!

Korrespondenzen.

Berlin. Die am 17. Juni stattgehabene, nur mäßig besuchte Versammlung ehrte zunächst die verstorbenen Mitglieder Johann Wittnik, Adolf Habemann, Karl Wähler, Hermann Talmann und Anna Koberstein durch Erheben von den Plätzen. Der Vortrag des Genossen Ad. Ritter mußte des schwachen Besuches und der Temperatur im Saal wegen, vertagt werden.

Dann wurde nach längerer Diskussion der Kollege Barnikow ausgesprochen. Zu dem soeben erschienenen Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission gab Kollege Baumgarten einige wissenswerte Erläuterungen und Informationen. Hierbei sei bemerkt, daß an Stelle des Genossen Albrecht von den Buchdruckern, Kollege Baumgarten auf ein Jahr die graphische Gruppe im Gewerkschaftsausschuß vertreten wird. Die Wahl eines Mitgliedes zum Tarifschiedsgericht brachte die besonderen Schwierigkeiten dieses Postens zur Sprache, worauf Kollege Dehmel die Wahl annahm. Nachdem Kollege Gloth um recht regen Besuch unseres bevorstehenden Sommerfestes ersucht und Kollege Hornscheid die stimmbegabten Kollegen aufgefordert, unsern Berufsangehörigen „Solidarität“ beizutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Halle a. d. Saale. Versammlung am 20. Juli. Nachdem das Protokoll genehmigt war, wurde zur Neuwahl des Kassierers geschritten. Nach längerer Debatte wurde Kollege Preisch mit Mehrheit gewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Schmitz gewählt. Da die Wahl eine geraume Zeit in Anspruch genommen hatte, wurde auf Antrag der Vortrag des Leiters Schulze-Leipzig, wegen der Reichhaltigkeit der Tagesordnung einstimmig vertagt. Den Kartellbericht gab Kollege Müller. Nach längerer Debatte wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde das Verhalten der Kollegin Hilgenberg, welche bei der Firma

Karras arbeitete, gerügt, weil sie ihre Stellung ohne vorherige Kündigung aufgegeben hat. Eine längere Debatte erforderte wieder der Arbeitsnachweis. Der Vorsitzende führt an, daß der Verwalter seinen Urlaub antritt, ohne einen Stellvertreter zu befragen. Kollege Schulze wendet sich scharf gegen die Resolution einer Vertrauensmännerziehung, in welcher die Gewerkschaft und der Hauptvorstand aufgefordert werden, ihr Versprechen betreffs der Regelung des Arbeitsnachweises und der Arbeitszeiten in den gemischten Betrieben einzulösen. Kollege Schulze führt an, daß sich die Angelegenheit nicht über's Knie brechen ließe, eine in kürzerer Zeit, eventuell stattfindende Sitzung würde die Sache regeln. Ein Schlußantrag wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Weiter wurde die Interesslosigkeit der Mitglieder der Agitationskommission kritisiert. Ferner beschloß die Versammlung nach Kenntnisnahme eines Rundschreibens vom Verbandsvorstand, den nächsten Verbandstag in Leipzig abzuhalten. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß die Angelegenheit bei der Firma Schlessinger, wo die Mitglieder an jedem Freitag eine halbe Stunde länger arbeiten mußten, geregelt sei. Es wurde noch auf das am 4. August stattfindende Sommerfest hingewiesen. Hierauf erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Strasburg i. E. Mitgliederversammlung am 20. Juli. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Klombert und beschloß sodann der vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Verlegung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag von Berlin nach Leipzig zuzustimmen. Der Herausgabe eines Mitteilungsblattes wurde ebenfalls zugestimmt. Nach dem vom Kollegen Ruhn erstatteten Kartellbericht wurde das Mitglied Reß wegen Umgehung des Arbeitsnachweises und Beitragsrestierung ausgeschlossen. Die Abrechnung vom letzten Langfranzchen ergab ein Defizit von 550 Mk.

Rundschau.

Staatliche Arbeitslosenversicherung. Wie die „Königliche Zeitung“ berichtet, hat der badische Landtag gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen einen Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, in den nächstjährigen Etat die Summe von 100 000 Mk. zum Zwecke der Förderung der Arbeitslosenfürsorge einzustellen. Eine bestimmte Zusage der Regierung erklärte der Minister v. Bodmann nicht geben zu können, einmal mit Rücksicht auf die immer noch fortwauernde Gespanntheit der Finanzlage und dann auch deshalb, weil die Regierung die Gemeinden vorläufig nicht zwingen könne, solche Kassen zu errichten. Immerhin konnte er mitteilen, daß der Bundesrat und der Reichstangler sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigen. Die Angelegenheit sei also im Marsche begriffen, und die badische Regierung werde nicht unterlassen, im Bundesrat ihre sozialpolitischen Anschauungen mit Nachdruck zu vertreten.

Dividenden und Lantien deutscher Versicherungs-Gesellschaften. Ueber die Höhe der für das Jahr 1910 bei einigen größeren deutschen Versicherungs-Aktiengesellschaften den Verwaltungen bezahlten Lantien und Dividenden für die Aktionäre gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

	Dividende für die Aktionäre	Lantien für die Verwaltung
Arminia, München . . .	262 500	88 726
Berlin Lebensversicherung	197 844	122 604
Bremen-Hannoversche Lebensversicherung . . .	67 500	60 000
Concordia, Köln . . .	540 000	59 000
Deutsche Lebensversicherung, Bant, Berlin . . .	127 500	57 455
Deutsche Lebensversicherung, Gesellschaft, Lübeck . . .	95 625	80 599
Frankfurter Lebensversicherungsgesellschaft . . .	188 000	51 828
Friedrich Wilhelm, Berlin	540 960	201 166
Magdeburger Lebensversicherungsgesellschaft . . .	240 000	154 196
Nordstern, Berlin . . .	434 852	201 999
Victoria, Berlin . . .	750 000	784 248
Wilhelma, Magdeburg . . .	950 000	125 511

Gingegangene Druckdriften.

Der neue Halbjahrsband der im „Vorwärts“ verlagte erscheinenden Wochenschrift „In Freien Stunden“ gelangte soeben zur Ausgabe. Als Hauptroman enthält der Band den besten der sozialen Romane Jolas „Germinal“, den der bekannte Münchener Künstler J. Demberger illustriert hat. Aus dem übrigen Inhalt erwähnen wir noch: Ein Luca della Robbia, Italienischer Kriminalroman von Cesare Cartellieri, sowie Lindelin, eine Märchennovelle von Jonas Lie. Außerdem enthält der Band noch viele Abhandlungen aus den verschiedensten Wissensgebieten und Unterhaltungsstoff mannigfacher Art. Alle Bibliothekare sollten es sich angelegen sein lassen, den neuen Band ihren Bibliotheken einzuverleihen, umjomehr als die „Freien Stunden-Bände“ sich schon seit langem der größten Beliebtheit bei den Lesern der Arbeiter-Bibliotheken erfreuen. Aber auch die Arbeiterfamilien selbst sollten sich — soweit es ihnen möglich ist — den Band anschaffen. Derselbe bedeutet eine fortlaufende Quelle der Unterhaltung und Belehrung.

Der Preis ist: in Leinen gebunden 3 Mk., Halbfranzband 4 Mk., Halbfranzband auf besonders gutem Papier 5 Mk. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen entgegen.

Der in seinem 37. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1913 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Iuer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem:

Kalendarium. — Postalesches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustration). — Meilen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Vorgänge im nahen und fernem Osten. Von Dr. A. Contrady (mit Illustrationen). — Die Frauen und die Feuerung. Von Louise Zieg. — Allerlei Statistisches. — Die missglückte Sudbiquung. Sitze von Karl Marchionini (mit Illustrationen). — Der Minister. Gedicht von Johann Falkberg. — Wege zur Kultur der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hillig (mit Illustrationen). — Fabeln. Von Robert Walter. — Der Kapitalismus und die Entwicklung des Flugsporits. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Worte der Lebensweisheit. — Am Begleiter. Eine lustige Geschichte von Georg Busse-Palma (mit Illustrationen). — Aus weiter Heide. Gedichte von Franz Diederich. — Die Schuldliteratur und ihre Bekämpfung. Von Emil Krause (mit Illustrationen). — Die Säuglingssterblichkeit und ihre Bekämpfung. Von Dr. R. Wuff. — Lage der Fabrikarbeiter. Gedicht von H. Ellinger. — Lütje Kranje. Eine helgoländer Geschichte von Wilhelm Holzamer (mit Illustrationen). — Die Eroberung des Südpols. Von Gg. Engelbrecht Graf (mit Illustrationen). — Aus einem Arbeiterinnenleben. — Das nördliche Belagerungsgebiet zur Zeit des Sozialistengesetzes. Erinnerungen von S. Thomas. — Protestant. Gedicht von Ludwig Pratsch. — Auf Nachposten. Eine Soldatengeschichte von August Winnig (mit Illustrationen). — Gedichte von Heinrich Rämpgen. — Der internationale Nietenkampf der Bergarbeiter. Von Franz Pokorny (mit Illustrationen). — Aneboten. — Andere Taten (mit Porträts). — Nachdenkliches. — Fliegende Blätter. — Zuviel des Guten! Für unsere Rüstelöser. — Außerdem vier Bilder: Reifezeit — An der Tränke — Die Mütterinnen — Der Lockspitel. — Ein Bierabend auf Kunstbruderpapier: Mittagspause im Hamburger Hafen. — Ein Wandkalender.

Adressenveränderungen.

Brieg. Vorsitzender und Kassierer: Paul Kamke, Klempnergasse 4 I.

Milthausen i. E. Vorsitzender und Kassierer: Julius Uhrmann, Langestr. 22 (zieht am 1. August um).

Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Berlin 10 001.94, Dessau 39.63, Grimma 31.20, Hilsenheim 29.85, Jena 3.90, Kiel 83.50, Leipzig 1619.—, Neurode 24.50, Oranienburg 4.30, Zittau 71.01 Mk.

S. L o d a h I.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 31.

Berlin, den 3. August 1912.

18. Jahrgang.

Die Tuberkulose als Volks- und Gewerkekrankheit.

(Nachdruck verboten.)

I.

Menschen- und Rindertuberkulose.

Als Robert Koch im Jahre 1882 die wissenschaftliche Welt durch die Entdeckung des Tuberkelbazillus überraschte und die Ergebnisse mühevoller Studien in seinem berühmten Vortrag vor der Berliner physiologischen Gesellschaft bekanntgegeben hatte, war mit einem Schlag die Tuberkuloseforschung in völlig neue Bahnen gelenkt. Der Erreger der verbreitetsten Seuche war gefunden. Man wußte schon vorher, daß nicht nur der Mensch tuberkulöse Veränderungen erleidet, sondern daß auch andere Tiere unter ähnlichen Erscheinungen erkranken. Vor allem wird das Rindvieh von der Tuberkulose in hohem Maße geschädigt. Man bezeichnet allgemein die Rindertuberkulose, wegen der wie Perlen aussehenden Tuberkuloseknoten, als „Perlsucht“. Weitere bakteriologische Untersuchungen im unmittelbaren Anschluß an Kochs Entdeckungen zeigten, daß auch viele andere Tiere, Ziegen, Kaninchen, Meerschweinchen, Säuglinge usw., für den Tuberkelbazillus empfänglich sind.

Im Anfang glaubte man, daß Menschen-, Rinder- und Vogel-tuberkulose sämtlich durch den gleichen Bazillus hervorgerufen werden. Im Verlaufe der zahllosen Tierexperimente stellte es sich jedoch bald heraus, daß die einzelnen Tuberkelbazillen hinsichtlich ihrer Wirkung voneinander verschieden sind, daß z. B. der Bazillus der Menschentuberkulose für das Rindvieh lange nicht so schädlich ist wie der Perlsuchtbazillus, daß umgekehrt der Perlsuchtbazillus im Organismus des Menschen lange nicht so gedeihlich zu wachsen vermag wie im Körper des Rindes. Ebenso vermögen die Vogel-tuberkelbazillen nur sehr wenige Säugetiere zu infizieren, kommen als Krankheitserreger für den Menschen kaum in Betracht.

Die Untersuchungen über die Wirksamkeit, die Virulenz, wie man sich wissenschaftlich auszudrücken pflegt, der einzelnen Tuberkelbazillen sind noch nicht abgeschlossen; sie beschäftigen gerade heute mehr denn je alle bakteriologischen Forscher.

Im Vordergrund des praktischen Interesses steht seit einer Reihe von Jahren die Frage, ob die Perlsucht, die Tuberkulose des Rindviehs, für den Menschen infektiös ist. Es lag ja nahe anzunehmen, daß die unter Kindern und Erwachsenen, Männern und Frauen aller Nationen gleich verbreitete Krankheit durch tuberkulöse infizierte Nahrungsmittel, etwa durch bazillenhaltige Milch und Butter, durch tuberkulöses Fleisch oder dergleichen, auf den menschlichen Organismus übertragen wird. Diese Ansicht vertrat vor allem Behring, der behauptete, daß durch die Kuhmilch die Tuberkulose auf den menschlichen Säugling verfließt wird. Danach sollte die menschliche Tuberkulose zum großen Teil durch die Perlsuchtbazillen entstehen. Ist man heute auch von dieser Ansicht abgekommen, so sind doch noch eine ganze Reihe von Forschern der Meinung, daß zum mindesten ein Teil der Fälle von menschlicher Tuberkulose durch die Rinderbazillen verursacht wird, ein größerer allerdings durch die typisch menschlichen Tuberkelbazillen.

Im Gegensatz dazu vertrat Koch schon im Jahre 1901 auf dem Londoner Tuberkulosekongress die Ansicht, daß die Tuberkelbazillen des Rindviehs für den Menschen fast ungefährlich seien, daß sie für die Infektion praktisch kaum in Frage kämen und die prophylaktischen Maßnahmen zum Schutze des Menschen sich infolgedessen viel mehr auf die Vernichtung der menschlichen Tuberkelbazillen als auf die Bekämpfung der Perlsucht unter dem Rindvieh zu richten

hätten. Gegen diese extremen Behauptungen Kochs erhoben sich bald eine Reihe von anderen Forschern, um den Beweis dafür zu erbringen, daß in nicht wenigen Fällen ausgesprochene Erkrankungen von Tuberkulose durch den Perlsuchtbazillus hervorgerufen werden können.

Es entspann sich ein wissenschaftlicher Streit, an dem sich bis heute die erlesensten Männer der medizinischen Wissenschaft beteiligt haben. Auf der Hand lag, daß eine Entscheidung der Frage nur herbeigeführt werden konnte, wenn es gelang, die Tuberkelbazillen des Rindes von denen der Menschen einwandfrei zu unterscheiden. Man suchte also emsig nach Unterschieden in der Art der beiden Tuberkelbazillen, um in jedem einzelnen Fall exakt den Ursprung der Erkrankung nachweisen zu können.

Der Form nach unterscheiden sich die Perlsuchtbazillen von denen der menschlichen Tuberkulose kaum, jedenfalls lange nicht auffällig genug, als daß man auf Grund eines mikroskopischen Präparates hätte sagen können, das sind Bazillen, die vom Menschen, und das Bazillen, die vom Rinde stammen. Wohl aber fand man, daß sich die Reinkulturen der Bazillen, die man auf einem künstlichen Nährboden anlegte, immerhin wesentlich unterscheiden; der Bazillus der Menschentuberkulose wächst leicht und üppig, während im Gegensatz dazu der Rinderbazillus auf demselben Nährboden viel langsamer und spärlicher gedeiht. Noch wichtiger aber ist das Verhalten der beiden Bazillenarten im Tierversuch. Hier zeigt sich ein eklatanter Unterschied, der es dem geübten Experimentator leicht macht, die Perlsuchtinjektion von der durch den menschlichen Bazillus bewirkten zu unterscheiden. Spricht man einem gesunden Meerschweinchen eine bestimmte Dosis von menschlichen Tuberkelbazillen unter die Haut und einem anderen Meerschweinchen die gleiche Menge von Perlsuchtbazillen, so gehen beide Tiere nach kurzer Zeit an einer typischen Tuberkulose zugrunde. Das Meerschweinchen, ein zu Untersuchungen viel benutztes Tier, ist also für beide Bazillenarten gleich empfänglich. Macht man den gleichen Versuch nun aber mit zwei Kaninchen, von denen das eine also menschliche, das andere Rinderbazillen erhält, so zeigt sich ein sehr deutlicher und charakteristischer Unterschied. Die mit menschlichen Tuberkelbazillen geimpften Kaninchen leben meist ganz vergnügt weiter; tötet man sie nach Ablauf von drei Monaten, so haben sie kaum irgendwelche tuberkulöse Veränderungen. Ganz im Gegensatz dazu stirbt das Kaninchen, dem Rinderbazillen eingespritzt waren, schon nach einigen Wochen und zeigt in der Regel eine ausgebreitete Tuberkulose in den Lymphdrüsen, der Milz, der Lunge, den Nieren.

Das Kaninchen ist demnach für die Perlsuchtbazillen äußerst empfänglich, wird durch die Infektion binnen kurzem getötet, während die Tuberkelbazillen vom menschlichen Typus das Tier kaum oder nur sehr wenig beeinflussen. Dieser Unterschied im Verhalten des Tieres den beiden Bazillenarten gegenüber ist für die Tuberkulose-diagnostik von größter Wichtigkeit geworden. Man hatte nur ein Mittel in der Hand, um in jedem einzelnen Fall von Tuberkulose durch Verimpfung der betreffenden Bazillen oder des tuberkulösen Materials auf Kaninchen die Frage zu entscheiden, ob die Erkrankung durch menschliche oder Rinderbazillen hervorgerufen war. Natürlich ist das Kaninchen nicht das einzige Tier, das sich so deutlich gegenüber den beiden Bazillenarten verschieden verhält. Auch das Rindvieh selbst ist durch menschliche Tuberkelbazillen kaum zu infizieren. Nur ist der Tierversuch mit dem Kaninchen viel einfacher und billiger als etwa mit einem jungen Kalbe, so daß man heute zur Entscheidung der Frage den Kaninchenversuch in ausgedehntem Maße heranzieht.

Auf Grund der Tierexperimente hat man die ursprüngliche Ansicht Kochs im wesentlichen bestätigt gefunden. Das geben heute mit wenigen Ausnahmen die meisten Forscher zu. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ist die menschliche Tuberkulose durch den typischen, in seinem Verhalten und seiner Virulenz durchaus von dem Perlsuchtbazillus abweichenden, menschlichen Tuberkelbazillus veranlaßt, in einem kleinen Teil, der allerdings bei der Gesamthäufigkeit der Seuche auch nicht zu vernachlässigen ist, konnten auch Rinderbazillen als Erreger menschlicher Tuberkulose nachgewiesen werden. Auf dem Tuberkulosekongress in Washington 1908 konnte Koch die durch zahllose Experimente gestützte Tatsache weiteren Kreisen verkünden, daß gerade die Lungentuberkulose, die eigentliche Schwindsucht, der jährlich so viele Menschen erliegen, so gut wie ausschließlich durch den Tuberkelbazillus vom menschlichen Typus hervorgerufen wird, daß kaum ein einziger einwandfreier Fall als durch Perlsuchtbazillen entstanden nachweisbar gewesen ist.

Der bazillenhaltige Auswurf tuberkulöser Menschen ist danach für die Übertragung der Krankheit vor allem verantwortlich zu machen. Das Zusammenleben der Menschen in engen, schmutzigen Wohnräumen, die womöglich nicht einmal ordentlich durchlüftet werden und mit dem infektiösen Material infolgebeissen erfüllt sind, muß vor allem vermieden werden. Hier hat die Sozialhygiene einzusetzen, hier kann sie Segen stiften. Dagegen tritt — das wird heute kaum noch ernstlich bezweifelt — die Aufstreckungsgefahr durch den Genuß von Milch und Milchprodukten verlässlicher Kühe sehr erheblich zurück.

Die Übertragung der Rindertuberkulose auf den Menschen hat besonders für das Kindesalter Bedeutung. Namentlich im Säuglingsalter spielt die Milch als Nahrungsmittel die größte Rolle und kann daher leichter früher als später tuberkulöse Infektionen veranlassen. In der Tat haben die Untersuchungen, die allerorten angestellt sind, ergeben, daß die tuberkulösen Veränderungen der kindlichen Organe öfter als die der Erwachsenen durch Rinderbazillen verursacht sind. Dennoch tritt, wie namentlich eingehende Untersuchungen im Berliner Institut für Infektionskrankheiten ergeben haben, die Perlsuchtinjektion auch im Kindesalter gegen die menschliche Tuberkulose weit zurück. Perlsuchterkrankungen sind beim Menschen sehr selten im Vergleich zur Zahl der Erkrankungen, die durch den Menschenbazillus veranlaßt sind, und verlaufen sehr häufig auch viel milder als letztere.

Neuerdings behaupten die Gegner der Kochschen Ansicht, daß im menschlichen Organismus sehr wohl eine Umwandlung des Perlsuchtbazillus stattfinde, daß der Perlsuchtbazillus im Körper des Menschen die typischen Eigenschaften des menschlichen Tuberkelbazillus annehme könne. Ist das der Fall, dann kämen die Milchprodukte verlässlicher Kühe für die Infektion des Menschen also doch in Betracht. Wir wollen uns auf diese Deuteleien, die den wissenschaftlichen Streit nicht zu klären, sondern nur zu komplizieren vermögen, hier nicht einlassen. Die Mehrheit der Forscher stimmt heute der von dem Altmeister der Tuberkuloseforschung, Robert Koch, vertretenen Ansicht zu, daß in der Hauptsache der tuberkulöse Mensch den Ausgangspunkt für die ungeheure Verbreitung der Krankheit bildet, daß dagegen alle übrigen Infektionsquellen weit in den Hintergrund treten. Die Vogel-tuberkulose kommt praktisch überhaupt nicht in Frage, da nur sehr wenige Säugetiere für deren Erreger eine Empfänglichkeit zeigen. Und auch die Perlsucht ist eine typische Erkrankung des Rindviehs und nicht des Menschen. Wir wissen von zahlreichen anderen Infektionskrankheiten, daß ihre Erreger immer auf einem Tier, dem

Menschen oder einem beliebigen anderen, besonders gut gedeihen. Die Syphilis, der Typhus sind in erster Linie Erkrankungen des Homo sapiens, ihre Erreger sind gerade für den Menschenorganismus gefährlich; gelingt es auch beispielsweise die Syphilis künstlich auf gewisse andere Tiere zu übertragen, so ist sie doch eine spezifisch menschliche Krankheit, gerade wie es die eigentliche Tuberkulose des Menschen ist.

Rundschau.

Unfälle, durch Nachlässigkeit entstanden, rügt die Berufsgenossenschaft in ihrem Bericht über „Unfälle an Buchdruckschneidpressen im August 1911“, den sie in der „Zeitschrift“ veröffentlicht. Der Achtungsruf beim Anstellen der Maschine erfolgt entweder zu leise oder zu spät oder überhaupt nicht. Viele Unfälle sind auf dieses Nichtbeachten des § 42, Abs. 2 unserer Unfallvorschriften zurückzuführen. In einigen Fällen, wo sich auf polizeiliche Anzeige die Staatsanwaltschaft mit diesen Unfallvorgängen befaßt, sind auch schon einige Maschinenmeister wegen fahrlässiger Körperverletzung bestraft worden.

Ein Unfall, der auf das Konto der Nachlässigkeit des Maschinenmeisters zu setzen ist, betraf einen Wogenfänger in Berlin am 26. August, der damit beschäftigt war, eine Doppelmaschine zu reinigen. Er beugte sich zu diesem Zwecke vor, den Kopf in die zwischen dem Karren und dem Gestell der Maschine befindliche Lücke steckend. Der Maschinenmeister hatte nicht bemerkt, daß der Wogenfänger seine Arbeit begonnen hatte, will aber trotzdem „Vorsehen“ gerufen haben, als er die Maschine anschiebt, um den Karren weiter vorzulassen. Der Wogenfänger hatte den Ruf nicht gehört und infolgedessen traf ihn der Karren heftig am Hinterkopf. Auf sein lautes Stöhnen schloß der Maschinenmeister die Maschine sofort ab, so daß schweres Unheil verhütet werden konnte. Der Wogenfänger erlitt eine Wunde am Hinterkopf.

Das Uebertreten des Gebots „Form und Balzen nicht berühren, solange die Maschine in Bewegung ist“, hatte wieder sechs Unfälle zur Folge. Die Verunglückten erlitten Quetschungen der rechten Hand, in zwei Fällen der linken Hand; zwei Unfälle werden voraussichtlich zur Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit führen. Diesen sechs Unfällen schließen sich drei Unfälle an durch Hineingeraten in die Farbwalzen beim Farbeziehen, Berühren der Balzen und dergleichen, und hatten sämtlich Quetschungen der linken Hand zur Folge.

Gewerkschaftsbeiträge sind bei der Steuererklärung abzugsfähig. So entschied das Oberlandesgericht in Düsseldorf, nachdem das Landgericht den Abzug der Gewerkschaftsbeiträge als unstatthaft bezeichnet hatte. Die Steuerveranlagungskommission hatte gegen die Reklamation des organisierten Arbeiters, eines Buchdruckers, den Einwand erhoben, daß dem einzelnen auf den Bezug der festgesetzten Unterstützungen in der Gewerkschaft kein klagbares Recht zustehe. Dem Hinweis darauf, daß der Einwand der Steuerveranlagungskommission eine vollständige Verkenning des Wesens der Gewerkschaften bedeute, die ihre Einrichtungen ohne staatliche Zwangsmittel jedem Mitgliede gewährteten, legte das Landgericht keine Bedeutung bei. Auf einen anderen Standpunkt stellte sich dann das Oberlandesgericht, das den Abzug für berechtigt erklärte. Es entschied:

„Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Verklagter jährlich 52 Mk. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Bestreitung des Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhalts verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 160 des B. G.-B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensführung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen.“

Dies deckt sich also das juristische Recht mit dem Rechtsempfinden des Arbeiters.

Die Lohnzahlung in Läten, die nicht selten schon zwischen Arbeiter und Unternehmer zu Streitigkeiten geführt hat, weil der Inhalt der Lohnliste nicht mit dem auf ihr vermerkten verdienten Lohn übereinstimmt, hat auch diesem

Grunde verschiedene Firmen, wie der Gewerbeinspektor des Regierungsbezirks Potsdam berichtet, zu einer Neuerung in dieser Form der Lohnzahlung veranlaßt. In dem Bericht heißt es: „Um einen Grund zu Zweifeltigkeiten, die über den Inhalt der vielfach eingeführten Lohnlisten entstehen können, zu vermeiden, verwenden mehrere Firmen geschlossene Lohnlisten aus durchsichtigem Papier. Bei ihnen ist es möglich, die Lohnsumme nachzuschauen, ohne die Lätze zu öffnen. Beanstandungen des Inhalts werden nur berücksichtigt, wenn die Lätze verschlossen und unverletzt zurückgegeben wird. Die Einrichtung hat sich schon längere Zeit hindurch bewährt.“

Der Schmiedeverband hat in einer Urabstimmung, die über die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband vorgenommen wurde, die Stellungnahme der Delegierten auf der Verbandsgeneralversammlung sanktioniert. Von rund 17000 Mitgliedern haben sich 12064 an der Abstimmung beteiligt. Davon haben 8741 für, 3131 gegen die Verschmelzung gestimmt. 192 Stimmen waren ungültig. Somit ist die ausreichende Majorität vorhanden. Die Vereinigung wird dem Beschluß des Verbandstages gemäß am 1. Oktober vollzogen.

Die österreichischen Zentralverbände im Jahre 1911. Durch die separatistischen Sonderbündeleien hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen Jahren erheblich gelitten. Die Mitgliederzahlen in den Zentralverbänden gingen zurück zum Teil auch infolge des Einwirkens der Wirtschaftskrise. Im Jahre 1911 hat sich aber die Situation günstig geändert. Die Gewerkschaften können einen Reingewinn von 21340 Mitgliedern verzeichnen. Die österreichischen Zentralverbände zählen jetzt 421905 Mitglieder gegen 400565 im Jahre 1910. Wien und Niederösterreich stehen mit einem Mitgliederzuzug von 18000 an der Spitze. Auch in den Alpenländern wurden Fortschritte erzielt, während die Arbeiter in den Südentländern noch unter den Folgen der nationalen Zerklüftung zu leiden haben. Dort stagniert die Bewegung, hat zum Teil sogar kleine Verluste zu verzeichnen.

Von den einzelnen Verbänden haben eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen: Maurer 23,66 Proz., Metallarbeiter 10,04 Proz., Eisenbahner 5,14 Proz., Textilarbeiter 6,82 Proz., Gemeinbedienstete 100 Proz., Handlungsgehilfen 11,74 Proz., Bäckereiarbeiter 16,04 Proz., Chem. Arbeiter 9,48 Proz., Schneider 14,45 Proz., Gastwirtschaftsgehilfen 63,75 Proz., Bauhilfsarbeiter 20,23 Prozent, Porzellanarbeiter 11,53 Proz., Zimmerer 7,36 Proz., Tonarbeiter 18,36 Proz., Buchdruckerhilfsarbeiter 10,52 Proz., Maler und Anstreicher 5,83 Proz., Fleischaehler und Selcher 46,32 Proz., Bildhauer 20,44 Proz., Kürschner 13,62 Proz.

Diesen Gewerkschaften stehen andere gegenüber, die Verluste aufzuweisen haben. Oft ist der Mitgliederzuzug kein unerheblicher.

Eine größere Anzahl Mitglieder haben verloren: Bergarbeiter 22,65 Proz., Glasarbeiter 27,54 Proz., Leberarbeiter 8,61 Proz., Landwirtschaftliche Arbeiter 12,06 Proz., Handschuhmacher 13,32 Proz., Drechsler 21,77 Proz., Zuberbäcker 14,54 Proz., Ziegeleiarbeiter 9,79 Proz.

Die drei größten Zentralverbände zählen zusammen 157200 Mitglieder, vereinigen also mehr als ein Drittel der Organisierten überhaupt. An erster Stelle stehen die Eisenbahner mit 59470 Mitgliedern, dann folgen die Metallarbeiter mit 56121 Mitgliedern, ihnen schließt sich der Textilarbeiterverband mit 41609 Mitgliedern an. Er hat eine große Anzahl weiblicher Mitglieder (15907). Insgesamt haben die österreichischen Zentralverbände 375914 männliche und 47991 weibliche Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich um 4,47 Proz., die der weiblichen aber um 12,51 Proz. Diese erfreuliche Erscheinung, die schon seit einigen Jahren beobachtet wird, findet seine Ursache in der regen Anteilnahme der Frauen am öffentlichen Leben überhaupt.

Auch über ihre Finanzen können die österreichischen Verbände günstig berichten. Die Einnahmen weisen eine erhebliche Steigerung auf, während die Ausgaben nicht in demselben Maße gestiegen sind. 9191346,06 Kronen Gesamteinnahme stehen 8542182,27 Kronen Gesamtausgabe gegenüber. Der Vermögensstand stieg von 11377344,99 auf 13145274,37 Kronen. Außerdem besitzen die Zentralverbände einen separat verwalteten Streikfonds in der Höhe von 4648898,03 Kronen. Einen Solidaritätsfonds, der nur bei großen Kämpfen oder in außergewöhnlichen Fällen in Anspruch genommen wird, verwaltet außerdem noch die Gewerkschafts-

kommission. Welcher Art die Unterstützungen waren und welche Ausgaben sie nötig machten, läßt folgende Uebersicht erkennen:

Art der Unterstützungen:	Kronen	Per Kopf des Mitgliedes Kronen
Reiseunterstützung . . .	209 638,66	0,49
Arbeitslosenunterstützung . . .	1 332 867,78	3,16
Krankenunterstützung . . .	1 000 174,05	2,37
Invalidenunterstützung . . .	304 144,71	0,72
Beihilfe in Sterbefällen . . .	244 038,88	0,58
Notfallunterstützung . . .	553 001,88	1,26
Summa	3 623 865,46	8,58

Dazu kommen noch 150 989,89 Kronen für Rechtschutz und insgesamt 400 780,16 Kronen Streit- und Gemäßigtenunterstützung.

Trotz der separatistischen Sonderbestrebungen und ihrer der Arbeiterbewegung schädigenden Taktik geht es mit den internationalen Zentralverbänden in Oesterreich rüstig vorwärts. Sind doch selbst nicht weniger als 70 000 tüchtige Arbeiter in den Zentralverbänden organisiert.

Eingegangene Druckschriften.

Als Heft 30 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschien soeben von Dr. Zabel: „Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Lauglichkeit für den Beruf.“ Mit dem vorliegenden Heft nimmt die Arb.-Ges.-Bibl. eine ihrer vornehmsten Aufgaben in Angriff, eine neue Aufgabe, welche aber von vornherein in ihrem Programm gestanden und stehen mußte: die Berufsfragen der Arbeiter, das große Gebiet der speziellen Gewerbehygiene, der Gesundheitsgefährdungen in den Einzelberufen und der Verhütung dieser Schädigungen in einer für den Arbeiter berechneten, wissenschaftlich einwandfreien und doch allgemein verständlichen Weise in Einzelheften zu schildern — eine in der populären Literatur völlig neue Aufgabe!

Mit dem die ganze Serie einleitenden 2. Bogen starten Heft über die Berufswahl, einer zusammenfassenden Behandlung ihrer großen gesundheitlichen Bedeutung, hofft der Verfasser, vielen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und deren Beratern innerlich und außerhalb der Familie einen nützlichen Ratgeber an die Hand zu geben. Nach einem Vorwort über die Methoden in der gesundheitlichen Beurteilung eines Berufes und einer Einleitung über die Berufswahl im allgemeinen bespricht der Verfasser in acht Kapiteln: Körperbau und Berufswahl, Kreislauforgane, Atmungsorgane, Verdauung und Unterleibsorgane, Nerven und Berufswahl, Gehörorgan, Auge, Haut und Berufswahl. Ein Schlußkapitel beschäftigt sich mit Ausblicken in die Zukunft. „In der unabsehbar gewachsenen Zahl der Berufe denjenigen herauszufinden, welcher den Kräften und Leistungen, dem Verständnis und Charakter des jungen Menschen am meisten zusagt, überflüssig in den allermeisten Fällen die Einsicht, die Kenntnisse, das Können des Vaters wie seiner Berater, die nicht entfernt den Ueberblick über das Wirtschaftsleben wie ebendem besitzen. Auch hier muß die Gesellschaft für den einzelnen eintreten, müssen von der Gemeinde geschaffene Beratungs- und Auskunftsstellen aus- helfen und vor allem die Schule als Beraterin die Rolle des Elternhauses übernehmen.“

Heute ist das leider noch nicht der Fall, und daher müssen die bestehenden Arbeiterorganisations- und Jugendorganisations-, Krankenkassen und Gewerkschaften, welche ein so dringendes Interesse an der Vermeidung einer gesundheitlich falschen Berufswahl und eines häufigen Berufswechsels, an der Verhütung der Gewerbestand- heiten und vorzeitiger Berufsinvalidität haben, diese Rolle übernehmen: für die Auffklärung der Schulentlassenen und ihrer Angehörigen zu sorgen. Das vorliegende Heft gibt ihnen die Möglichkeit hierzu.

Als erstes (31.) Heft der speziellen Berufshygiene liegt bereits die Bearbeitung der Berufskrankheiten der Buchdrucker durch Dr. Silberstein vor; Holzarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter usw. sollen folgen. Bezeugen unsere Arbeiter wie bisher durch erhöhte Finanzdrucknahme der Arb.-Ges.-Bibl., bezogen insbesondere die Einzelverufe ein so weitgehendes Interesse an der Darstellung ihrer besonderen Beschäftigung und ihrer gesundheitlichen Bedeutung, so werden wir immer neue Verufe resp. Berufsgruppen in Einzeldarstellungen schildern usw.“ Wir glauben mit Sicherheit annehmen zu können, daß diese Vor- auslagen zutreffen wird und wünschen dem vor- liegenden Heft die allerweiteste Verbreitung. Der Preis ist wie bei allen Heften 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.